



93. Delegiertenversammlung SBPV 27.5.2011

Jahresbericht 2010 des Zentralpräsidenten SBPV Peter-René Wyder

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wie jedes Jahr, eröffne ich meinen Bericht mit ein paar statistischen Angaben zur wirtschaftlichen Situation unseres Landes und auch der Bankbranche.

Die Schweiz verzeichnete im Jahr 2010 ein positives Wirtschaftswachstum von 2,7% bei einer Teuerung von weniger als einem Prozent. Auch der Abbau der Arbeitslosigkeit von über 4% im Krisenjahr 2009 auf 3,1% Ende April 2011 ist erfreulich. Zurzeit fallen von den total 123'450 Arbeitslosen noch 1'750 auf die Bankbranche. Vor einem Jahr wurden noch mehr als doppelt so viele, nämlich rund 4'300 Kolleginnen und Kollegen ohne Arbeit ausgewiesen. In unserer Branche herrscht somit praktisch wieder Vollbeschäftigung, für einzelne Bereiche besteht wieder ein Arbeitskräftemangel.

Bei dieser Faktenlage bleibt doch nur noch die Frage: Alles in Butter? Selbstverständlich beneiden uns alle europäischen Nachbarn um diese Zahlen und auch weltweit stehen wir damit vorne. Ohne euch die gute Laune verderben zu wollen, muss ich nun aufzeigen, dass die tolle Bilanz doch ein paar Kratzer aufweist: Das Wirtschaftswachstum dürfte zu einem wesentlichen Teil auf die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften in die Schweiz zurück zu führen sein und weniger auf gesteigerte Exporte. Die niedrige Teuerung basiert auf immer noch extrem tiefen Zinsen, was mittelfristig Nachteile bringen kann. Der starke Franken aufgrund der Eurokrise und der Dollarschwäche wird für die Tourismusbranche langsam existentiell, aber auch die viel wichtigere Exportbranche muss laufend gravierende Margenverluste wettmachen. Wie lange kann sie das noch?

Die anscheinend dramatisch gesunkene Arbeitslosigkeit ist leider nur teilweise auf neu geschaffene Jobs zurückzuführen, sondern zu einem wesentlichen Teil auf ausgesteuerte Arbeitslose, die nicht mehr in der Statistik erscheinen. Allein im Jahr 2010 betrug die Anzahl der Ausgesteuerten 28'000 Personen, mit der Inkraftsetzung des verschärften Arbeitslosenversicherungsgesetzes per 1.4.2011 dürfte die Anzahl der ausgesteuerten Langzeitarbeitslosen nochmals massiv ansteigen und damit die Statistik der Arbeitslosen noch besser aussehen lassen, hingegen die Fürsorgekosten von Gemeinden und Städten weiter ansteigen lassen.

Weiter ist zu fragen, wie weit die Schweiz ist mit der Aufarbeitung der Finanzkrise. Die von verschiedenen Fachgremien erstellten Analysen liegen unter dem Schlagwort „too big to fail“ auf dem Tisch. Die Vorschläge konzentrieren sich vor allem auf eine wesentliche Stärkung der Kapitalbasis der international tätigen Grossbanken, die schärfer ausfallen sollen als die Vorschriften im Regelwerk Basel III. Die Expertenvorschläge sind gerechtfertigt aufgrund der Grösse der CS und der UBS in Relation zu unserer Volkswirtschaft. Die schmerzlichen Erfahrungen von Island und Irland zeigen die unglaublichen Folgen, die ein Bankencrash für ganze Volkswirtschaften über Jahre bringen kann. Es bleibt zu hoffen, dass die Expertenvorschläge im politischen Prozess vollumfänglich übernommen werden und nicht Opfer von Wahlkampfmanövern oder anderen politischen Ränkespielen werden.

Die Stabilität des Finanzplatzes ist nicht nur für unsere Volkswirtschaft zentral, Sicherheit steht auch für den Bankkunden zu Oberst. Die gute Kapitalisierung wird schlussendlich zum Wettbewerbsvorteil, insbesondere im für die Schweiz so zentralen Vermögensverwaltungsgeschäft. Wenn durch die angehobenen Kapitalvorschriften keine irrwitzigen Eigenkapitalrenditen von 25% mehr erreicht werden, ist dies nicht tragisch, höchstens für die eh schon geschmähten Investmentbanker. Damit können wir alle gut leben. Aufgrund der momentanen Schuldenkrise weltweit ist ein rasches Umsetzen dieser Stabilisierungsmassnahmen zentral. Eine Umschuldung oder gar ein Staatsbankrott einer der momentan schlingernden Staaten kann zu einem Dominoeffekt auch bei den Geschäftsbanken führen, die erneut Kredite in Milliardenhöhe abschreiben müssten. Wir alle möchten deshalb nicht nochmals schlaflose Nächte verbringen müssen, wie beim beinahe Crash der UBS vor zwei Jahren. Die Vorschläge der Experten sind deshalb wichtig und richtig, sie garantieren auch Arbeitsplätze.

Neben der Schuldenkrise gibt die momentane Stimmung bezüglich Zuwanderung von ausländischen Mitarbeitern in die Schweiz Anlass zur Sorge. Die bilateralen Verträge mit der EU sind eine Erfolgsgeschichte und haben der Schweiz den notwendigen Schub gebracht, um in wichtigen Industrien und auch im international tätigen Dienstleistungssektor vorne mitzuhalten. Die rasche Zuwanderung der vergangenen Jahre hat zweifellos auch einige negativen Seiten, die aber von einem starken und handlungsfähigen Staat gelöst werden können. Die globalisierte Schweiz ist auf eine gute internationale Vernetzung auf der Basis von multinationalen Abkommen angewiesen. Die Kontakte und Entscheide werden heute in internationalen Gremien gefasst und nicht beim SVP-Buurezmorge. Die bilateralen Verträge nationalistisch zu hinterfragen und diese mittels Initiative erneut vors Volk zu bringen, ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Wir haben bereits mehrfach Signale aus Brüssel empfangen, dass die Zeit der Rosinenpickerei für die Schweiz vorbei sei. Neue Verhandlungen mit der EU sind heute viel komplexer, weil die EU in den letzten paar Jahren gewachsen ist und heute mehr Staaten mitbestimmen.

Sorge bereitet auch die schleichende Erosion des Mittelstandes. Der Ende April publizierte Verteilungsbericht des SGB zeigt, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz immer ungleicher wird. Davon sind vor allem die tiefen und mittleren Einkommen negativ betroffen, während dem die hohen und höchsten Einkommen in den letzten zehn Jahren stark überdurchschnittlich gewachsen sind. Es gibt direkt betroffene Reiche, denen diese Entwicklung nach dem Motto „and the winner takes all“ nicht gefällt. So hat Hansjörg Wyss, der Verkäufer von Synthes freimütig eingestanden, dass er zu viel Geld habe und die Reichen mehr Steuern bezahlen sollten. Oder es gibt beispielsweise die Berner Kantonalbank und die Valiant Bank, wo der höchste Lohn in der Bank max. 20ig mal höher ist als der tiefste. Bei vielen Instituten beträgt dieser Faktor immer noch mehr als 300!!

Die Forderung nach einer besseren Verteilung von Einkommen und Vermögen hat nichts mit Klassenkampf zu tun, sondern ist eine Frage der Gerechtigkeit, des Anstandes und der Wertschätzung. Der volkswirtschaftliche Nutzen einseitiger Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht ersichtlich und schadet dem Konsum. Ein breiter, gut gebildeter Mittelstand garantiert auch für politische Stabilität.

In dieser gesellschaftlichen Entwicklung sind auch wir als Sozialpartner gefordert, denn in der Bankbranche gibt es mittlerweile Tausende von Mitarbeitern, die am Erfolg ihrer Arbeitgeber seit Jahren nicht mehr teilhaben können, weil sie nicht zu den Highperformern zählen. Trotz gleichbleibender Löhne sind auch sie laufend mit höheren Krankenkassenprämien, Stromgebühren und Mehrwertsteuer konfrontiert sind. Aus diesem Grunde steht eine vernünftige Salärpolitik wieder ganz oben auf unserer Forderungsliste.

Damit ist bereits das Verhältnis unserem Sozialpartner angesprochen. Auf Wunsch der Arbeitgeberseite wurde die VAB einer formellen Revision unterzogen. Ziel ist eine bessere Lesbarkeit und die Beseitigung von Passagen, die nicht oder nicht mehr nötig sind. Diese grosse Arbeit wurde in einer paritätischen Arbeitsgruppe zügig angegangen und seit Mitte Mai liegt ein fertiger Entwurf bereit, der beidseitig grundsätzlich akzeptiert worden ist. Leider ist die Arbeitgeberseite an den Verhandlungen vom 11. Mai 2011 nicht auf die gemeinsame Forderung des SBPV und des KV nach einer Arbeitszeitreduktion eingegangen. Die Verhandlungen wurden deshalb zurzeit ergebnislos abgebrochen und es wird sich in den nächsten Wochen im Rahmen von Kontakten mit der Gegenseite weisen, ob und wie die Verhandlungsthemen nochmals aufgenommen werden können. Die von uns vertretene Forderung nach einer Arbeitszeitreduktion ist das Resultat der 10-jährigen Erfahrung mit der Vertrauensarbeitszeit, welche leider zu permanenter Mehrarbeit führt, gemäss Unterlagen des Bundesamtes für Statistik beläuft sich diese durchschnittlich auf 2h pro Woche und Mitarbeiter. Faktisch arbeiten unsere Kolleginnen und Kollegen im Schnitt somit 44 h und nicht wie vertraglich vereinbart 42 h pro Woche. Da die Vertrauensarbeitszeit bis jetzt nicht grundsätzlich zur Debatte steht, muss diese Mehrarbeit mit einer Arbeitszeitreduktion aufgefangen werden.

Das Verhältnis zur Arbeitgeberseite bleibt auch wegen der Verweigerung der VAB Familienzulage an viele Kolleginnen und Kollegen mit Familie nach der Einführung des eidg. Familienzulagengesetzes getrübt. Es bleibt zu hoffen, dass das angerufene Schiedsgericht hier die nötige Klärung noch in diesem Jahr bringt, nachdem unsere Klage eingereicht worden ist.

Daneben stehen die Salärverhandlungen und der Gesundheitsschutz oben auf unserem künftigen Verhandlungskatalog. Die drei Themen Arbeitszeit, Lohnverhandlungen und Gesundheitsschutz sind Kerngebiete jedes Gesamtarbeitsvertrages und müssen in kollektiven Verhandlungen geregelt werden, darauf werden wir auch künftig pochen.

Neben den VAB-Verhandlungen gab es trotz abflauender Bankenkrise immer noch viel Arbeit mit einzelnen Instituten zu bewältigen. Der UBS Sozialplan konnte nochmals verlängert werden, daneben waren wir mit einigen Übernahmen von kleineren Instituten konfrontiert, wo vertretbare Lösungen für das betroffene Personal gefunden werden konnten.

Trotz allem bleibt die Branche unruhig, Outsourcing- Projekte sind immer noch ein grosses Thema. Die Auswirkungen der Steuerabkommen mit wichtigen Ländern sind auch noch nicht klar absehbar, möglicherweise kommt es deswegen und wegen den stetig zunehmenden Verwaltungs- und IT-Kosten im Vermögensverwaltungsbereich zu weiteren Veränderungen.

Nachdem der SBPV in den letzten paar Jahren viel Energie in den Aufbau der KSSP und in die Zusammenarbeit mit den Personalkommissionen gesteckt hat, können wir heute feststellen, dass wir bei der Basis wieder besser verankert sind. Auch die vermehrte Vertretung von KSSP-Mitgliedern in der Geschäftsleitung gibt deutlich mehr Bodenhaftung und ist ganz zentral für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und die Glaubwürdigkeit des Verbandes nach aussen. Die vereinzelt geäusserten Befürchtungen, dass der Verband seine Unabhängigkeit verliere, wenn er mit den Pecos zusammen arbeite, haben sich nicht bewahrheitet.

Anlässlich einer Retraite der Geschäftsleitung im vergangenen Herbst in Balsthal haben wir zwei weitere, wichtige Problemfelder diskutiert:

Welches sind die Funktionen und die Aufgaben der Regionen in der Zukunft und wie erreichen wir das grosse Heer von Angestellten, die in einer Bank ohne Peko arbeiten für unseren Verband.

Zuerst zu den Regionen: Sie bilden das Rückgrat unseres Verbandes und haben sowohl bezüglich Vertretung ihrer Anliegen im Zentralverband wie auch bezüglich Organisation

des Personals vor Ort eine zentrale Funktion. Die GL hat deshalb in einem ersten Schritt ein Verzeichnis aller Banken in den einzelnen Regionen erstellt. In einem zweiten Schritt wurde festgelegt, welche Institute sinnvollerweise vom Zentralsekretariat aus betreut werden müssen und für welche die Regionen zuständig sein sollen. In einem dritten Schritt wird im Rahmen des Budgetprozesses im Herbst mit den einzelnen Regionen festgelegt, wie die Betreuung der einzelnen Institute aussieht. Denkbar: Regelmässiger Kontakt mit der Direktion, Aktionen für die Angestellten, Aufbau einer Peko.

Wir haben festgestellt, dass von den über 300 Banken in der Schweiz nur rund ein Dutzend über eine Peko verfügen, mit der wir Kontakt haben. Wir gehen davon aus, dass die Hälfte des VAB-Personals in der Schweiz in einer Bank ohne Peko arbeitet, es dürfte sich dabei um rund 40'000 Angestellte handeln. Auch hier müssen wir wieder vermehrt Fuss fassen, weshalb wir uns neben neuem Werbematerial auch für die neu Lancierung eines alten Modells entschieden haben: Den Vertrauensleuten im Betrieb, oder neu „Contactors“. Details dazu erfahren sie im Tätigkeitsbericht unter dem Traktandum 7.

Die Vertrauensleute stützen den Verband noch breiter ab und sollen auch bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern helfen. Sie sind zudem ein Potential zum gewinnen neuer Vorstandsmitglieder in den Regionen. Die engere Zusammenarbeit mit den Regionen mit einer klaren Aufgabenteilung und die Reaktivierung der Vertrauensleute werden den Verband nachhaltig stärken. Die dazu notwendige Arbeit verbleibt nicht alleine bei den Regionen, sondern sie werden dabei von der Zentrale und unseren Sekretariaten in Zürich und Genf unterstützt.

Ich erlaube mir zum Schluss noch einige Worte zum Sekretariat. Bereits bei der Begrüssung habe ich erwähnt, dass uns Nicole Bourquin, langjährige Leiterin des Sekretariates in Genf und Beat Luginbühl, Marketingverantwortlicher im Zentralsekretariat, Ende 2010 verlassen haben. Ich möchte den beiden an dieser Stelle nochmals ganz herzlich danken für die grosse Arbeit und wünsche Nicole und Beat für ihre berufliche und private Zukunft alles Gute. Gleichzeitig freue ich mich über die zwei neuen Gesichter: Karin Frei, als Nachfolgerin von Beat im Marketing. Nach ein paar Jahren beim SIA in Zürich wird es dir bei uns in der Hauptstadt bestimmt nicht langweilig und wir freuen uns, von deiner grossen Marketing Erfahrung mit komplexen Produkten profitieren zu können. Ebenso freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Clément Dubois, unserem neuen Mann in der Rhonestadt. Er bringt viel journalistisches Geschick mit, was wir immer gut gebrauchen können. Neben Karin und Clément gebührt der präsidiale Dank selbstverständlich auch allen andern Mitarbeitern des Sekretariates, nämlich unserer hartnäckigen Denise und den charmanten Damen Anita Conway, Doris Schmutz und Andrea Kummer. Last but not least gilt mein Dank natürlich auch Jean-Pierre Leutwyler vom Zürcher Sekretariat.

Aber ohne Euch, liebe Mitglieder, Delegierte, KSSP-Vertreter, Revisoren oder GL-Mitglieder ginge gar nichts. Dafür, dass ihr mich nie im Regen stehen lässt bin ich sehr froh und deshalb auch ein ganz herzliches Merci an euch alle für das stete Engagement.

Bern, 27.5.2011